

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Dreie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jüngling-Geselle“.

Die sechsfarbene Monatszeitschrift „Der Arbeiter“ kostet 15.— Mk. einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das seitgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Anzeigen.

Verlagspreis Zentrum 152 99—153 22

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor einer Bartholomäusnacht

Bevorstehender Rechtsputsch

Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit war die Losung, die Danton in der französischen Revolution ausgab. Dessen Kampf gegen die Widersacher und ehrlicher Angriff in der Schlacht der Geister!

Heimlich, heimtückisch und hinterhältig ist die Losung der Reaktionsäre unserer Tage. Lüge und Lüge, wenn du gestellt wirst, ihre Kampfesart. Heulmeiern über die drohenden Anschläge der anderen, das Rezept, um über die eigenen Pläne hinwegzutäuschen. Wehe jenen, die sich durch diese Methoden der Gegenrevolution einfließen lassen.

Die Gefahr eines neuen Rechtsputsches ist nicht nur groß, sondern ein solcher Putsch steht unmittelbar bevor. Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Die „Freiheit“ bezeichnet die Paraden und Hindenburgfeiern als Theater- und Dekorationsaufführungen. Das sind sie nicht, sondern eine wichtige Oeerschau der Reaktion. Glied an Glied reißt sich über Preußen und ganz Deutschland. Wer heute noch glaubt, daß diese Leute nur Parade abnehmen, ist gewaltig im Irrtum. Jede Abteilung hat ihre Bezeichnung: Ludendorffs, Hindenburgs, Verbeke-Abteilung usw. Selbst unsere Schupo ist in diesem Verband fest eingegliedert. Aber nicht nur die Schupo ist schon für den Putsch gewonnen, sondern auch die ehemaligen „Blauen“. An einzelne Beamte sind Warnungen ergangen. Alle mißliebigen Personen sind in eine schwarze Liste eingetragen. Mit ihnen wird kurzer Prozeß gemacht. In allen Ministerien wird fieberhaft für die Monarchie gearbeitet. Am offensten im Reichswehrministerium.

In der Johannisnacht werden die gesamten Verbände ihre letzten Paraden erhalten. Seid auf der Hut! Augen auf, es geht ums Ganze! Das Gemetzel und Blutvergießen wird schwerer als im Januar 1919. Ohne Erbarmen geht diesmal die Militärpartei gegen die Führer der linksstehenden Parteien vor. Legt meine Warnung nicht beiseite, sonst werden wir zu unserem Schaden vor schlimmen Überraschungen stehen.

Wenn wir die Hindenburgfeier und die Paraden als Theater- und Dekorationsaufführungen bezeichnen, so nicht, weil wir über den Charakter dieser Veranstaltungen aus einer Täuschung hingeben. Sondern nur, weil damit gesagt sein sollte, daß durch derartige Schaustellungen naive Menschen für gewisse Zwecke einzufangen beabsichtigt wird. Den Ernst der Situation haben wir nie unterschätzt. Unsere Aufforderung an die Republik, sich gegen ihre Feinde zu schützen, beweist dies. Wie aber hat die Republik bisher geantwortet? Was die Justiz der Republik getan? Der Prozeß Killinger ist der neueste Beweis dafür. Und weil dem so ist, werden die Vorbereitungen der Reaktion für einen neuen Putsch zwar heimlich, aber mit verdoppeltem Eifer fortgesetzt, und sind jetzt nahezu vollendet.

Was kann uns weiter geschehen, wenn die Sache schief geht? sagen sich mit Recht die Feinde der Republik. Sind nicht die Gerichte mit ihren Freunden besetzt? Erfreuen sich nicht die Kappisten der goldenen Freiheit, sind sie nicht heute noch in Amt und Würden, avancieren sie nicht? Existiert nicht Bayern, das ihnen schlimmstenfalls Zuflucht gewährt?

Die Republik ist gewarnt! Sie lerne!

Die Eröffnung der Haager Vorkonferenz

(D.N.) Haag, 15. Juni.

Um 1/2 Uhr nachmittags wurde heute die Vorkonferenz im Haag, vorderhand ohne die Russen, eröffnet. Es muß gleich betont werden, daß selten eine Konferenz, selbst nicht die von Genua, so unvorbereitet eröffnet worden ist, wie diese. Die Tagesordnung war heute früh noch nicht festgelegt und von den Delegierten der Mächte, die ihre Beteiligung zugesagt hatten, war gestern abend kaum die Hälfte anwesend. Die genaue Zahl der vertretenen Mächte steht noch immer nicht fest. Von den 31 Regierungen, die in Genua vertreten waren, werden jedenfalls auch außer Deutschland, viele nicht vertreten sein. Bisher haben 18 Regierungen ihre Teilnahme zugesagt, aber noch nicht alle ihre Delegationen abgeandt. Die französische Delegation, die gestern abend ihre Instruktionen erhalten hat, ist erst heute morgen aus Paris abgereist. Frankreich war also, wie vorausgesehen war, bei der Eröffnungssitzung nur durch seinen Haager Gesandten Benoist vertreten. Die Haltung der Franzosen gibt zu Besorgnissen Anlaß, besonders nachdem gestern zwischen Frankreich und Belgien ein Einvernehmen erzielt worden ist. In gewissen Kreisen geht man soweit, zu glauben, daß wenn Frankreich sich entschließt, an den Verhandlungen mit den Russen teilzunehmen, auch Belgien dieselbe Haltung einnehmen würde.

nisten stattgefundenen Betriebsrätevollkommen, nämlich in Chemnitz. In einer dort angenommenen Resolution heißt es:

„Die Betriebsräte des Industriebezirkes Chemnitz würden es nicht verstehen, wenn durch Ablehnung des Polizei- und Justizrats durch die Kommunisten die Existenz der sozialistischen Regierung und die sozialistische Mehrheit in Frage gestellt würde.“

Die Forderung der Kommunisten nach der Betriebsrätevollversammlung wurde abgelehnt.

Der „Vorwärts“ schreibt zur Lage in Sachsen: Die nächsten Tage bringen die Entschcheidung. Tritt die Regierung wegen Nichtbeteiligung des Finanzrats oder einzelner wichtiger Staatskapitel zurück, dann wird sich der Landtag selbst auflösen.

Auch wir halten nach alledem diese Lösung für die beste, wenn die Regierung den Rechtsparteien zuvor kommt, und den Zeitpunkt der Neuwahl selbst bestimmt.

„Jetzt kommt ein anderer dran“

Ueber ein Gespräch, das sich am Pfingstmontag in Oppau in Baden am Bierisch abspielte und das für die Wirkungen der deutschnationalen Agitation bezeichnend ist, berichtet der Karlsruher „Volkstreu“.

Im Garten der Brauerei Bruder saßen zwei Herren mit ihren Familien. Beide kamen miteinander ins Gespräch. Der Eine, der norddeutschen Dialekt sprach, schimpfte über die Republik und die heutigen Regierungsmänner. Als er dem Anderen seine Meinung über diese Dinge sagte, entgegnete dieser, daß doch eigentlich die jetzige Regierung nur die Konkursverwalterin des alten Regimes sei. „Diese Auffassung teile ich durchaus nicht“, warf der Norddeutsche lebhaft dazwischen; den Erzherrn haben sie ermordet, jetzt kommt ein Anderer dran. — Wer wohl denn der Andere sei? — „Das ist der Wirth, der Reichskanzler, der jetzt in Baden weil.“

Diese Eröffnung wirkte auf den Anderen überraschend. Er sagte sich indessen schnell und stellte sich jetzt als Bruder des Reichskanzlers vor.

Nummehr suchte der norddeutsche „Herr“ seine Redereien zu begründen und zu verteidigen. In seinen Kreisen herrsche die einmütige Auffassung, daß Wirth dran kommen müsse. In Preußen und speziell in Düsseldorf, woher er komme, herrsche diese Auffassung ganz allgemein.

Wirths Bruder ließ die Persönlichkeit des mordlustigen Herrn feststellen. Er entpuppte sich als Rechnungsführer Wilhelm Hämmerl-Düsseldorf, angeheiratet bei der Düsseldorfer Drahtindustrie.

Der Siedlungsskandal

Antimargistische Grobexperimente der Mehrheitssozialdemokratie

Von Prof. E. Ballod

Die Entrüstung, mit der der „Vorwärts“ Experimente über Sozialisierungsprobleme ablehnt, die Art und Weise, wie er sich als Hüter der reinen Lehre des Marxismus aufstellt, kann nicht genug in der breiten Öffentlichkeit erörtert werden. Man täusche sich nicht: es handelt sich um das Sein oder Nichtsein des Sozialismus! Wenn die Menschen sich selbst gegen den Sozialismus mit Händen und Füßen wehren, so nützt alle geschichtliche Entwicklung und Erfahrung, die glänzendste Entwicklung der Technik in der kapitalistischen Weltordnung gar nichts; das Elend muß bestehen bleiben. Den das Elend Wollenden, in ihm um jeden Preis Beharrenden, ist nicht zu helfen!

Die heuchlerische Entrüstung über „professorale Experimente“ zwingt mich zu dem Hinweis auf ein professorales Grobexperiment, das i. St. Anfang 1919 unter dem Jubel des „Vorwärts“ von der damaligen mehrheitssozialistischen Regierung vor Zusammentritt der Nationalversammlung beschlossen worden ist. Ein einseitiges professorales Experiment, das ohne Anhören der Vertreter der eigentlichen Fachwissenschaft zum Gesetz erhoben ist. Es ist — das Siedlungsgesetz, durch das die größere Hälfte des Großgrundbesitzes in Deutschland enteignet und in etwa 40 000 Kleingrundstücke von je etwa 10 Hektar Größe zerlegt werden sollte. Der geistige Vater dieses Gesetzes ist Professor Sering. Es sei mir ferne, gegen Sering einen Vorwurf zu erheben. Er war warmherziger Sozialpolitiker, der, nicht ohne Risiko, für seine Karriere, zu einer Zeit, als „König Stumm“ bei Wilhelm II. in hoher Gunst stand, auf konservative Politiker zugunsten der Sozialpolitik Einfluß zu gewinnen, ihnen die Notwendigkeit der Siedlungspolitik klar zu machen trachtete.

Sering schrieb, daß durch das vom Großgrundbesitz im großen Umfange geübte Banernlegen in Preußen sich der Kleingrundbesitz erheblich verkleinert hätte, daß dies ein soziales Unglück wäre, und daß es sehr darauf ankäme, den Bauernbesitz wenigstens in dem Umfange wiederherzustellen, den er zur Zeit Friedrichs des Großen besessen hätte. Um dem Einwande zu begegnen, daß der Kleinbetrieb unrationell sei, hatte E. einige seiner landwirtschaftskundigen Schüler veranlaßt, Untersuchungen über die vergleichsweise Rentabilität von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb vorzunehmen. 1896 erschienen in Thiels „Landwirtschaftlichen Jahrbüchern“ die ersten Abhandlungen der Sering'schen Schule, die die Ueberlegenheit des Kleinbetriebes in bezug auf den Reinertrag nachweisen wollten. Diese und die späteren, gleichartigen Abhandlungen sind der Ausgangspunkt geworden für den Agrar-Revisionsismus innerhalb der Sozialdemokratie. Namentlich beruht das „große“ Agrarwerk von David weitans in der Hauptsache auf E.'schen Ergebnissen.

Ich selber habe meinerseits im Winter 1896/97 im Schmoller'schen Seminar eine Untersuchung über die Frage des landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetriebes vorgetragen, die Schmoller so gut gefiel, daß er sie ebenfalls zum Abdruck an Thiel in dessen „Landwirtschaftlichen Jahrbüchern“ empfahl, obgleich oder weil sie im ersten Teil eine umfassende Kritik der erstgedruckten Arbeiten enthielt, dazu eigene theoretische Vergleiche, in denen die höhere Produktivität der Arbeit im ideellen Großbetriebe nachzuweisen versucht wurde, selbst gegenüber dem ideell bestmöglichen Kleinbetrieb. Thiel hat meine Arbeit nach einigem Schwanken doch abgelehnt zu sollen geglaubt. So kam ich um die Möglichkeit, in der bürgerlich-wissenschaftlichen Presse diese Frage zu behandeln. Ich habe darauf den großbetrieblichen Teil für meine „Atlantico-Zukunftsstaatschrift“ benutzt. Diese Schrift ist von den Revisionsisten der sozialistischen Agrarpolitik nicht beachtet, weil sie landwirtschaftliche Kenntnisse und Rechnungen voraussetzte. Es war bequemer, auf fertige Resultate über die Ueberlegenheit des Kleinbetriebes zu schwören, als sie rechnerisch nachzuprüfen. Es muß hervorgehoben werden, daß der bürgerliche Sozialpolitiker und Professor, Sering, sich von den Einseitigkeiten der sozialistischen Revisionsisten, die das Kind mit dem Bade ausschütteten, den Großgrundbesitz radikal aufstellen wollten, freigehalten hat. Er hat stets betont, daß der Großgrundbesitz der Träger des landwirtschaftlichen Fortschrittes sei. Er hat nicht eine restlose Aufteilung

Die Regierungskrise in Sachsen

Vor der Auflösung des Landtags?

Nach Pressemeldungen haben sich die Einigungsverhandlungen zwischen den drei sozialistischen Parteien in Sachsen durch das Verschulden der Kommunisten zerschlagen. Die SPD. wird am Donnerstag eine Erklärung abgeben, wonach sie, nach Ablehnung ihrer bekannten vier Forderungen durch die beiden anderen Parteien, nunmehr auch den Gesamtheit ablehnen werden. Die Kommunisten werden also in der nächsten Woche die sozialistische Regierung in Sachsen kürzen. Und das in demselben Moment, wo die bürgerlichen Parteien mit Hilfe des Volksbegehrens dabei sind, das ihnen sehr verhasste sozialistische Regime zu beseitigen.

Die sozialistischen Parteien haben den Kommunisten alle erdenklichen Zugeständnisse gemacht. Die Forderung jedoch, welche jetzt das Streikverbot der Kommunisten ist, die Veranlassung der Betriebsräteversammlung zur Mitwirkung an der Regierung, mußte von den beiden anderen Regierungsparteien abgelehnt werden. Die jetzt die Arbeiter diese Haltung verstoßen, zeigte eine in der Hochburg der Kommu-

den für die Kleinfeldung bestimmten Güter empfohlen, sondern die Aufteilung der vom Gutshofe mehr abgelegenen Schläge und die Belassung von recht umfangreichen „Reisgütern“, damit der Gebäudewert der Güter volkswirtschaftlich nicht verloren ginge, sondern bei einer in Aussicht genommenen Intensivierung der Produktion voll ausgenutzt werden könnte. Sering hat auch die von mir (Schmollers Jahrbuch, XXIX, S. 834) berechnete höhere Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit in den Großgrundbesitzgehenden Deutschland gegenüber den Kleingrundbesitzgebieten unumwunden anerkannt.

Die zweifellose wissenschaftliche Ehrlichkeit Sering's hat mich auch bewogen, in den Kriegsjahren auf sein Angebot der Abhaltung gemeinsamer Seminarübungen einzugehen, da es sich dabei ganz überwiegend um die Leitung rein wirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten handelte. Sozialpolitische und staatssozialistische Ansichten durfte man auch früher als preußischer Professor vertreten, wenn sie auch unter der Ära Elster (seit 1909) den Vertretern solcher Ansichten, auch mir, die weitere Karriere kosteten (befördert wurden fast nur noch Dozenten, die, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, den Unternehmerstandpunkt vertraten). Die deutsche Revolution hat — theoretisch wenigstens — die deutsche nationalökonomische Wissenschaft frei gemacht, das Bekenntnis zum Sozialismus außer Strafverfolgung gestellt. Nun mußte eine Trennung der Weister erfolgen! Arbeiten, Forschungsergebnisse, Rechnungen, die man früher als zwecklos hatte zurückstellen bzw. im Schubfach belassen müssen, durften nun frei heraus! Auf der anderen Seite durfte ja auch die bürgerliche Nationalökonomie in „freier Konkurrenz“ um die Beachtung der Politiker und Parteien werben!

Sie tat es — mit überraschendem Erfolge. Die Arbeiten sozialistischer Nationalökonomien, die von einer rationalen Durchführung großzügiger Sozialisierungsmaßnahmen die Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen, ein Wiederhochkommen des deutschen Volkes erwarteten, wurden von der mehrheitssozialistischen Regierung kurzer Hand, ohne Prüfung, beiseite geschoben. Bürgerliche Sozialpolitik war Trumpf! So erlebte auch der konservative Sozialpolitiker Sering seinen größten Triumph unter der sozialistischen deutschen Republik! Sein Entwurf wurde Gesetz! Allerdings aber — die Finanzschlamperie, die vom ersten Tage der deutschen Republik einriß, verhinderte die Durchführung im großen Stil... Die Ansiedlung wurde für das, nicht so sehr durch den Feind, als durch bürgerliche Finanzpolitiker zugrunde gerichtete Deutsche Reich zu kostspielig. Erforderte doch die Ansiedlung einer Siedlerfamilie nach den Erfahrungen in Posen und Westpreußen mindestens 10—15 000 Goldmark Zuschuß, bzw. Nettoverlust. Der bürgerliche Sozialpolitiker S. mag einen Zuschuß von einigen Milliarden Goldmark für unbedenklich gehalten haben, nachdem bereits der Weltkrieg über hundertfünfzig Milliarden verschlungen hatte.

Für die sozialistischen Staatsmänner aber, die stets Marx und den Marxismus im Munde führten, hätte sich zum mindesten eine Forderung ergeben, einige landwirtschaftliche Großbetriebe nach den Ergebnissen der fortgeschrittensten Technik einzurichten und durch Sachverständige bewirtschaften zu lassen, um so ein einwandfreies Urteil über die zu betreibende Agrarpolitik zu gewinnen. Die haben namhafte deutsche Landwirtschaftsprofessoren geklagt, daß sie es satt seien, ihre wissenschaftlichen Versuche in Blumenstöcken oder auf Parzellen von wenigen Ar vornehmen zu müssen. Größere Versuchswirtschaften bekamen sie aber nicht, trotzdem deren Rentabilität unter so sach- und fachkundiger Leitung geradezu tödlich war! Aber auf der einen Seite wollten die mehrheitssozialdemokratischen Machthaber verschiedene Goldmilliarden für den Kleinbetrieb opfern, auf der anderen Seite hatten sie nicht eine einzige Million für die Einrichtung von 1—2 Großbetrieben übrig, deren Rentabilität zum mindesten wahrscheinlich war. Vom bürgerlichen, auch vom sozialpolitischen Standpunkt ist die Gründung von Kleinsiedlerstellen verständlich, denn dadurch werden selbständige Brotstellen geschaffen, deren Inhaber selbstverständlich die Reihen der bürgerlichen Parteien stärken müssen. Vom allgemein volkswirtschaftlichen, nicht nur vom sozialistischen Standpunkt, muß aber die Frage gestellt werden, was ist wichtiger, mehr Brot oder mehr Brotstellen? Daß die Produktivität der Arbeit im Großbetriebe höher ist, bestreitet heute kein Sachkundiger! Aber auch die Flächen-erträge sind, wie die im Kriege eingeführte Wirtschaftskarte erwiesen hat, im Großbetriebe um 15 bis 20 Prozent höher! Gewiß kann durch geeignete Maßnahmen, vor allem durch Bereitstellung von billigen Kunstdüngern, der Ertrag gehoben werden. Dies doch aber auch im Großbetriebe: es ist doch wirklich leichter, für die Deutschland verbliebenen zirka 18 000 Großbetriebe sachkundige Wirtschaftsleiter zu beschaffen, bzw. deren Bewirtschaftung von Sachkundigen übernehmen zu lassen, als die rationelle Bewirtschaftung von 1 1/2 Millionen Klein- und Mittelbetrieben durchzuführen.

Wenn die mehrheitssozialistischen Machthaber es auch ferner für ihre Aufgabe halten, in antisozialistischem Experimenten das Geld des deutschen Volkes zu verpulvern, so ist das ihre Sache. Sie dürfen aber alsdann nicht Marx und den Sozialismus im Munde führen, sondern sollen endlich den Mut haben, sich als das zu bekennen, was sie sind, als bürgerliche Sozialpolitiker, die jedes noch so billige, sozialistische Experiment bekämpfen, für antisozialistische aber unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung haben. Ob dann wohl viele Arbeiter ihnen bei den nächsten Wahlen treu bleiben werden?

Preussische Städte- und Landgemeindeordnung. Das Preussische Staatsministerium hat, wie die P. P. R. erfahren, in seiner Sitzung am Mittwoch die Entwürfe der neuen preussischen Städte- und Landgemeindeordnungen endgültig durchberaten und verabschiedet. Die Entwürfe gehen nunmehr an den Staatsrat und dürften noch vor der Sommerpause, also noch im Laufe des Monats Juni, an den preussischen Landtag gelangen.

Müßige Kombinationen

Am Montag wird, wie die „Dena“ behauptet, bei der Beratung der Getreideumlage für die Regierung eine äußerst kritische Situation entstehen. Die Deutschnationalen werden zusammen mit der Deutschen Volkspartei geschlossen gegen die Getreideumlage stimmen. Aber auch die Bayerische Volkspartei wird ihre gesamten Stimmen gegen die Getreideumlage abgeben. Dazu kommt, daß auch ein Teil der Mitglieder des Zentrums nicht für die Vorlage stimmen wird. Auch die demokratische Fraktion ist gespalten und wird einige dissentierende Mitglieder aufweisen. Die Regierung wird also im besten Falle 108 Stimmen der Sozialdemokraten, etwa 50 Stimmen des Zentrums und 25 Stimmen der Demokraten sowie die etwa 70 Stimmen der Unabhängigen für sich haben. Das ergibt insgesamt 268 Stimmen. Die opponierenden Parteien würden über 71 Deutschnationale, 65 Stimmen der Deutschen Volkspartei, 20 der Bayerischen Volkspartei, 4 des Bauernbundes, insgesamt 160 Stimmen verfügen. Wenn dazu noch aus den dissentierenden Parteien 22 Stimmen des Zentrums und 15 Stimmen der Demokraten kommen, so bilden die kommunistischen Stimmen das Übergewicht an der Waage. Sie werden wahrscheinlich aus prinzipieller Opposition gegen die Regierung stimmen, wie auch, weil ihnen die Getreideumlage nicht weitgehend genug ist, den Entwurf der Regierung ablehnen. In diesem Falle kann die Regierung bei ganz wenigen Stimmentafelungen innerhalb der Regierungsparteien in ihrem Bescheidewort für die Getreideumlage in der Minderheit bleiben. Unter diesen Umständen wird es der Sozialdemokratie nicht mehr möglich sein, in der Regierung zu verbleiben, so daß entweder eine Kabinettskrise oder eine parlamentarische Krise entsteht. Von den Mitgliedern der Regierungsparteien wird es also abhängen, ob durch die Abstimmung über die Getreideumlage eine Kabinettskrise herbeigeführt wird.

Die „Dena“ hat mal wieder das Gras wachsen hören. Selbst wenn die Kommunisten geschlossen mit der Rechten stimmen, würde für die Getreideumlage noch immer eine Mehrheit von 15 Stimmen bleiben. Zudem liegt kein Grund vor, die kommunistischen Stimmen gegen die Umlage zu rechnen. Wozu also die ganze Kombination? Effenbar nur, um mal wieder ein wenig Sensation zu machen.

Cablogramme will von einer Regierungskrise aus Anlaß der Zwangsanleihe wissen und bringt darüber folgendes:

Die Schwierigkeiten, die der Verabschiedung der Zwangsanleihe entgegenstehen, sind durch die Geschäftsordnungsänderung am Schluß der Reichstags-Sitzung am Mittwoch blickbar beleuchtet worden. Nicht die formalen Meinungsverschiedenheiten, die dabei zum Ausdruck kamen, waren die eigentliche Ursache, sondern die sachlichen Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken in ihrer Stellungnahme zur Zwangsanleihe. Während die Rechte bestritt war, ihre Äußerungen auf Abänderung der Erbschaftsteuer gewissermaßen als Ausgleich gleichzeitig mit der Zwangsanleihe zur Erledigung zu bringen, vermohrte sich die Linke grundsätzlich dagegen. In diesem Zusammenhang wird in parlamentarischen Kreisen, namentlich auf der Linken, der Äußerung des Abgeordneten Dr. Veder-Hessen (D. V.) größere Bedeutung beigemessen. Sie wird vielfach dahin gedeutet, daß die Deutsche Volkspartei sich aufschüt, von dem Steuerkompromiß abzurücken und ihre frühere grundsätzliche Zustimmung zur Zwangsanleihe zurückzuziehen. Es wird jedenfalls nicht an Versuchen fehlen, die bestehenden Gegensätze auszugleichen. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen zwischen den Parteien wird es im wesentlichen abhängen, ob sich die Verhandlungsschwierigkeiten zu einer Krise verdichten werden. Die Haltung der Deutschen Volkspartei wird dabei von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Bepreisung innerhalb der Regierungsparteien wird am heutigen Freitag stattfinden.

Auch hierin scheinen uns mancherlei müßige Betrachtungen enthalten zu sein.

Reichswehr und antifirepublikanische Rundgebungen

Anlaßlich der monarchistischen Rundgebungen in Königsberg i. Pr. und Graiten hat die Unabhängige Sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

Am 11. Juni 1922 fand in Königsberg i. Pr. eine Hindenburgfeier statt, bei welcher bewaffnete Reichswehrsoldaten auf wehrlose Bürger geschossen, mehrere schwer verwundet und einen getötet haben. Trotz ausdrücklicher Verbote der Reichsregierung, an den von ihr selbst als politisch bezeichneten Hindenburgfeiern teilzunehmen, haben die Reichswehr- und Marine-truppen eine eigene Hindenburgfeier veranstaltet.

In Bayern, besonders aber in München, sind in letzter Zeit allenthalben monarchistische Rundgebungen, teilweise unter Mitwirkung von Mitgliedern des ehemaligen Königs-Hauses und unter offizieller Beteiligung von Reichswehrrsoldaten veranstaltet worden.

In Graiten, einer Stadt in unmittelbarer Nähe der Besatzungszone, hat sich am 11. Juni 1922 eine monarchistische Rundgebung, unter dem Deckmantel eines Kriegervereinstreffes, abgepielt, bei welcher Angehörige des Stahlhelmbundes schwere Ausschreitungen gegen Teilnehmer des Gewerkschaftsfestes und jugendliche Arbeiter begangen haben. Die Stahlhelmlente waren mit Armeepistolen, Gummiknüppeln und Eisenstäben bewaffnet. Ähnliche Vorgänge haben sich auch in anderen Orten Deutschlands abgepielt.

Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um

1. Ausschreitungen von Monarchisten, Attentate und Anschläge auf die Republik und ihre Organe zu verhindern;
2. jede Teilnahme der Reichswehr an monarchistischen Rundgebungen zu verhindern?

„Ueb' immer Treu und Redlichkeit...“

Hindendorff — Hindenburg — Wilhelm.

Wir berichten gestern bereits über die Dollargewinne, die der außerordentliche Wilhelm von Hohenzollern mit der Verhökerung seiner „Memoiren“ an die „Erbfeinde“ einstreicht. Wie jetzt verlautet, hat die amerikanische Verlagssfirma Harper (Inhaber Brainerd) nunmehr das alleinige Verlagsrecht erworben. Es handelt sich um denselben Verlag, der auch die Hindenburg- und Hindendorff-„Memoiren“ verlegt hat. Hindendorff „verbienet“ dadurch ein festes Honorar von 40 000 Dollar und außerdem noch 15 Prozent Gewinnbeteiligung. Hindenburg „verbienet“ 30 000 Dollar festes Honorar und ebenfalls 15% vom Gewinn. Nach dem heutigen Kursstande des Dollar würde Hindendorffs festes Honorar allein 12 Millionen Mark betragen und Hindenburgs 9 Millionen Mark. Dazu kommen aber noch die Millionen aus der Gewinnbeteiligung. Wilhelm von Hohenzollern ist aber noch bedeutend besser daran, denn für seinen Schmölker zahlt das amerikanische Verlagshaus nicht weniger als 250 000 Dollar,

Das macht in Mark den Dollar mit 310 berechnet, rund 78 Millionen Mark! Wie es heißt, sollen 16 Zeitungen Unternehmer der Kaisererinnerungen sein, darunter auch deutsche in d i e. — Gegenüber der Darstellung in den Reichspresse, nach der die Gewinne nicht Wilhelm, sondern dem deutschen Verlage Köhler zufallen, bemerkt der „Vorwärts“, daß das deutsche Verlagsrecht erst von dem amerikanischen Brainerd-Verlag gekauft wurde.

Darf man fragen, wieviel von diesen Millionengewinnen dem deutschen Volke zugute kommen, an dessen Notlage bekanntlich die drei Kriegs- bzw. Fluchtgewinner die Hauptschuld tragen? Es besteht doch so etwas, wie eine Gewinnsteuer... Vielleicht erteilt der Reichsfinanzminister Herzog darüber einmal Auskunft.

Rechtssozialisten und Nationalistenhege

Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei, der am Donnerstag tagte, hat folgende Entschliessung angenommen:

„Der Nationalverband deutscher Offiziere und die nationalistischen Verbände ehemaliger Soldaten beabsichtigen, wie verlautet, am 28. Juni als dem Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, zur Bekämpfung der Behauptung der Alleinhegemonie Deutschlands, im Reiche Demonstrationssammlungen abzuhalten. Veranlassungen von dieser Seite sind bisher immer zu militäristisch-monarchistischen Rundgebungen ausgearbeitet. Am 28. Juni würden sie nach aller Erfahrung zu einer wütenden Hege gegen die Republik ausgenützt werden. Der Parteiauschuß empfiehlt daher den Parteiorganisationen, auf der Wacht zu sein und überall dort Versammlungen einzuberufen, wo Anhänger des alten Systems unter dem Deckmantel von Rundgebungen zur Schuldfrage eine solche, das deutsche Volk schwerwiegend gefährdende Politik zu treiben versuchen.“

Nach den bisherigen Erfahrungen, die wir mit der rechtssozialistischen Hege gegen die nationalistische Hege gemacht haben, werden die Rundgebungen am 28. Juni ohne jede Nachwirkung bleiben. Das ist doch schon deshalb ausgeschlossen, weil ja rechtssozialistische Minister mit dem Herrn Gehler, der der Protektor der Offizierskamarilla in und außer Dienst ist, in einer Regierung sitzen. Wenn es den Rechtssozialisten um eine eindrucksvolle Manifestation zu tun gewesen wäre, hätten sie sich mit den anderen Arbeiterparteien zum Zwecke einer einheitlichen Aktion in Verbindung gesetzt.

Deutsches Hungerleben

Amliche Feststellung des deutschen Hungerlebens!

Das preussische statistische Landesamt veröffentlichte Feststellungen über den Fleischverbrauch. Danach wurden in Preußen verbraucht an inländischem Fleisch in Kilogramm:

	1913	1921
Kinder	462 908 500	329 604 800
Männer	76 061 129	58 421 592
Schweine	1 125 084 650	613 097 520
Schafe	29 387 226	28 427 364
zusammen	1 693 141 496	1 029 551 276

Der Fleischverbrauch ist gegen 1913 um 40 Prozent zurückgegangen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man auch, wenn die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Fleischmenge betrachtet wird. Nach dem jetzigen Gebietsumfange berechnet, entfiel 1913 auf den Kopf der Bevölkerung ein Jahresverbrauch von 46,15 Kilogramm, 1921 ein solcher von 28,52 Kilogramm. Dieser Rechnung zufolge werden also nur 61,95 Prozent von dem Fleisch verbraucht, das 1913 bezehrt wurde. Daß es in anderen Bundesstaaten besser steht, als in Preußen, wird niemand behaupten wollen.

Die Zuckerverteilung

Das Reichs Ernährungsministerium hatte am Mittwoch die Vertreter der Zuckerraffinerien, des Groß- und Kleinhandels, der Genossenschaften und der Konsumenten zusammenberufen, um die Beratungen über die Zuckerverteilung fortzuführen, die bei der ersten Beratung infolge zu weit gehender Meinungsdivergenzen nicht zu Ende geführt werden konnten. Es wurde nunmehr mitgeteilt, daß nur außerordentlich geringe Bestände an Rundzucker vorhanden sind. Auf den Kopf der Bevölkerung etwa 300 Gramm. Da vor Ende November oder Anfang Dezember auf Zucker aus der neuen Ernte nicht zu rechnen ist, würde das pro Monat und Kopf etwa 60 Gramm ausmachen. Trotzdem befehlen die Vertreter der Rühr- und Schokoladenindustrie die Rühr-, auch für die Rühr- und Schokoladenproduktion aus diesen Beständen Zucker zu verlangen. Das wurde abgelehnt. Diese Industrien sollen Auslandszucker verwenden. Uebrigens haben sie sich so reichlich eingebuddelt, daß sie keine Zuckernot leiden. Ihrer gewaltigen Einkundung ist zum großen Teil der Mangel für den Hausgebrauch zu danken. Trotz des geringen Bestandes sollen jedoch die Marmeladefabriken und Bäckereien noch daraus mitversorgt werden. Ob das notwendig war, ist stark zu bezweifeln. Gewiß wird der teure Zucker auch das mit Zucker gesüßte Gebäck oder die Marmelade verteuern. Da aber nur geringe Zuweisungen von Inlandzucker erfolgen können, im übrigen aber Auslandszucker verwendet werden muß, wird die Bevölkerung nichts von einer Verbilligung durch billigen Inlandzucker zu spüren bekommen. Eine durchgreifende Kontrolle ist nicht möglich. Die Zuweisung wird also nur ein Geschenk für die Marmeladefabrikanten und Bäckereihändler bedeuten. Außerdem ist sicher, daß es außerordentlich schwer sein wird, den vorhandenen Zucker überhaupt zu erfassen. Wenn die Zuckerraffinerien sich nicht damit einverstanden erklären, daß die in den Zuckerraffinerien lagernden Bestände dem Kleinhandel rektlos zugeführt werden, fällt die Möglichkeit schon ziemlich fort.

Eine endgültige Entscheidung wurde auch bei den letzten Beratungen noch nicht gefaßt. Die Vertreter sollen noch einmal, diesmal nach München, zusammenberufen werden, um über die Verteilung zu beraten. In München soll dann auch über die Ausschichten der Zuckerverteilung für das Jahr 1923 beraten werden.

Ein Gesetz über die Sachleistungen

Ein Gesetzesentwurf betreffend die Ausführung bzw. Anwendung der Verträge über die Sachleistungen ist dem Reichstag zugegangen. Der Entwurf enthält zugleich in einer Anlage den Wortlaut der zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Sachleistungen abgeschlossenen Verträge und Abkommen. Die Reichsregierung wird durch den Entwurf ermächtigt, diese Verträge zur Anwendung zu bringen. Die Abkommen ändern an der Lieferverpflichtung Deutschlands nichts; sie enthalten insbesondere keine Erweiterung dieser Verpflichtungen. Vielmehr regeln sie ausschließlich das Verfahren, nach dem die Lieferungen auszuführen sind, sowie die Preisfestsetzung. Bei dem Wiesbadener Hauptabkommen treten dazu Bestimmungen über die Verrechnung der Lieferungen auf das Reparationskonto.

Groß-Berlin

Die Gnädigen

Sie sind immer noch nicht verschwunden, das gnädige Fräulein, der gnädige Herr und vor allem die gnädige Frau. Es kann mitunter so scheinen, als ob die Revolution, die doch persönliche Freiheit schaffen und die freiwillig kahnende oder im Abhängigkeitsverhältnis erzwungene Unterwürfigkeit ausmerzen sollte, bei den Dummen und Hochmütigen den Anspruch auf einen schmeichelhaften Titel nur noch gesteigert hat. Wir leben nach wie vor in der Zeit der trassesten Gegenätze.

Wer in jener Gesellschaft, die nichts so sehr haßt als die Arbeit und nichts so sehr fürchtet als die Langeweile, die dort üblichen „Formen“ misachtet, den Handkuß verweigert und auf die lächerlichen Gnädigkeitskomplimente pfeift, wird zum zweiten Male sicher nicht in diesen Kreis gezogen. Er ist ein Prolet, ein Stoffel, ein Mensch ohne „Bildung“. In den Augen der Schmalstirnigen, die im Personenkult sich sonnen. Ist denn oder wirklich das die sogenannte „gute Kinderstube“, was zur eingepackten Dummheit und zur Geucherei erzieht? Kann man nicht auch ein gebildeter Mensch sein, wenn man anrecht und mit natürlichem Anstand, ohne deshalb den zu Recht erworbenen Titel zu versagen, wenigstens die unbilligsten Beteiligungen, die gewohnheitsmäßig hergeleitet werden, unterläßt? Wir haben noch vom Gottesgnadentum gründlich die Nase voll und sollten die übrigen Gnädigkeitsanhimmelungen nur denen überlassen, die sich in solchen Nischen gefallen, wenn sie ganz unter ihredgleichen sind.

In den Warenhäusern und anderen Geschäften werden die Verkäuferinnen zur größten Höflichkeit angehalten. Sehr schön! Was Unhöflichkeiten gerade in heutiger Zeit, wo so viele, die etwas zu verkaufen haben, sich in ein Paschadasein hineinträumen, nicht ausschließt. Muß es denn aber sein, daß die ungeschriebene Geschäftsordnung auch verpflichtet, jede Kaufstübe, die „nach etwas aussieht“, mit der Anrede „Gnädige“ zu puffieren? Schon bis in die kleinsten Geschäfte, bis in den Gemüse- und Milchladen hinein, pflanzt sich diese widerliche Kundenerei fort. Die Frau mit dem Umflogelock und ohne Hut ist eine einfache „Sie“, aber das dicke, prolixe Schieber- und Buchererweib, das knallig im Auto herumfährt und vielleicht noch vor wenigen Jahren mit Väcklingen oder Schnürsenkeln handelte, ist nur der „Klusi“ und der Geldes wegen die „gnädige Frau“.

Und dann unsere Dienstmädchen, Aufwärterinnen, Stützen und ähnliche Haushaltspersonen. Die Umwälzung hat ihnen mancherlei Freiheiten gebracht. Trotzdem halten es die meisten immer noch für selbstverständlich oder lassen sich dazu drillen, der „Herrschaft“ unterwürfige Ehrfurcht zu bezeugen. „Dienen lerne beizeiten das Weib.“ Ach, Quatsch! Menschenwürde soll das Weib lernen. Magd und Knecht gibt es nicht mehr. Nicht alle können anordnen und befehlen. Doch auch das Dienstmädchen soll endlich den Mut aufbringen zu der ruhigen Erklärung: „Sie werden mit meiner Arbeit zufrieden sein, aber täglich hundertmal Gnädige Frau sagen — das mache ich nicht!“

Nicht Gnade, sondern Recht und Selbstachtung... so soll's sein.

Zur Erhöhung der Straßenbahnpreise

In mehrstündiger Beratung wurde gestern die Magistratsvorlage im Ausschuss erledigt. Es wurden wesentliche Änderungen angenommen. Der Fahrpreis auf den Vorortbahnen (Cöpenick, Adlerhof usw.) soll nicht erhöht werden. Für Bechlinge und Schüler, die wirtschaftlich nicht selbständig sind,

soll die gleiche Ermäßigung gelten wie für Kinder unter 14 Jahren, also zwei Mark. Das ist mit Rücksicht auf Fortbildungsschüler usw. sehr wichtig und bedeutet die Annahme mehrfacher Anregungen unserer Fraktion. Der Magistrat ist verpflichtet, die Regelung in vier Wochen durchzuführen. Ferner sollen die Anträge unserer Fraktion auf Fahrermäßigung für Schwerkrankenbeschädigte, Kriegsblinde usw. noch im Juni zur Verabschiedung kommen, jedoch auch in dieser Frage eine Erleichterung für die sozial schwer belasteten Platz erteilt wird. Mit Rücksicht auf die Annahme dieser Erleichterungen stimmten die Vertreter unserer Fraktion im Ausschuss zu. Die Deutschnationalen lehnten „grundsätzlich“ eine Erhöhung ab, weil sie die Straßenbahnen dem Privatkapital in die Hand spielen wollen. Es ist bedauerlich, daß die Kommunisten aus dieser klar ausgesprochenen Absicht der Reaktionen nicht die einzig mögliche Konsequenz gezogen haben — für die Erhaltung der Bahnen im Besitz der Stadt einzutreten.

Gegen die Zertrümmerung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin

Der 16. Ausschuss des Preussischen Landtages setzte am Montag die Beratung über die Anträge der Abg. v. Cynern und Gen. und Lüdicke und Gen., betreffend Aenderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin, fort. Unsere Stellungnahme hat der Gen. Veid in seinem Artikel „Provinz Berlin“ in Nr. 211 der „Freiheit“ vom 11. 5. zum Ausdruck gebracht. Gegen diesen Artikel wandte sich der Abg. v. Cynern. Die Begründung seines Antrages zeigte aber mit aller Deutlichkeit, wie gut in dem Artikel der Kern der Sache erfasst wurde.

Unsere Genossen stellten folgende Anträge:
1. Der Ausschuss wolle beschließen, dem Landtage folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:
Der Landtag hält eine Aenderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin a. B. nicht für erforderlich.
2. Für den Fall der Ablehnung des obigen Antrages beantragen wir: In Rücksicht darauf, daß die vorliegenden Anträge der Abg. Lüdicke und Gen. und der Abg. v. Cynern und Gen. den Charakter der Stadtgemeinde Berlin grundsätzlich zu ändern bestimmen sind, beschließt der Ausschuss, daß über diese Anträge zunächst die städtischen Behörden Berlins und die Bezirksbehörden gutachtlich zu hören sind.

Der Demokrat Abg. Otto beantragte, bevor in eine Debatte über die vorliegende Anträge eingetreten wurde, in Rücksicht darauf, daß der Oberbürgermeister von Berlin an einer Denkschrift über die Aenderung des Gesetzes Berlin arbeitet, die Beratung bis Oktober d. J. Der Ausschuss beschloß mit 10 gegen 7 Stimmen der Deutschnationalen und der Dtsch. Volkspartei dem Antrage gemäß.

Die Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz

Der erste Vorkontrakt des Mieteneinigungsamtes der Stadt Berlin teilt uns zu dem bevorstehenden Erlaß der preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz folgendes mit: Das Reichsmietengesetz, das am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, überläßt die Bestimmungen der Hundertsätze und einer Reihe anderer Bestimmungen der obersten Landesbehörde bzw. der von der obersten Landesbehörde zu bezeichnenden nachgeordneten Behörde. Die Ausführungsbestimmungen, die diese Regelungen treffen sollen, sind in Preußen noch nicht erlassen; sie sollen in den nächsten Tagen in der Preussischen Gesetzsammlung veröffentlicht werden.

Schon jetzt werden viele Anträgen an den Magistrat und die nachgeordneten Dienststellen gerichtet, aus denen hervorgeht, daß man in weiten Kreisen annehmen scheint, daß der Magistrat es unterlassen habe, rechtzeitig für die nach dem Reichsmietengesetz vorzunehmenden Festsetzungen der Ab- und Zuschläge zur Miete usw. Sorge zu tragen. Dies ist aber seitens des Magistrats vor Erlaß der Ausführungsbestimmungen gar nicht möglich. Nach dem am 11. Mai d. J. gelegentlich einer Aussprache im Preussischen Volkswirtschaftsministerium vorgelegten Entwurf die Ausführungsbestimmungen hat zum Teil die Gemeindebehörde die Sum-

merische festzusetzen, die von der Friedensmiete zur Errechnung der Grundmiete abgezogen worden, sowie diejenigen Hundertsätze die zu dieser Grundmiete hinzutreten, um so die gesetzliche Miete festzustellen. Die Ausführungsbestimmungen geben dem näheren an, wie die Hundertsätze seitens der Gemeindebehörde errechnet werden sollen. Dazu sind umfangreiche Vorarbeiten erforderlich. Die zuständigen Organisationen müssen gebürt werden.

Es erscheint ausgeschlossen, daß bis zum 1. Juli die Höhe endgültig festgesetzt werden können, und zwar schon aus dem Grunde, weil die Kommunal-Aussichtsbehörde, d. h. der Oberpräsident, ein Einspruchsrecht hat, daß er innerhalb von zwei Wochen geltend machen kann. Der Magistrat wird alles tun, um so schnell wie möglich die Arbeiten zu erledigen. Es empfiehlt sich, vorläufig Anträgen über die gesetzliche Miete an die Gemeindebehörde bezw. Mieteneinigungsämter in diesem Sinne nicht zu richten.

Bei dieser Gelegenheit wird nochmals darauf hingewiesen, daß diejenigen Vermieter, die gemäß § 1 des Reichsmietengesetzes die Zahlung der gesetzlichen Miete von ihren Mietern beanpruchen, ohne Antrag auf Zustimmung zur Kündigung bei dem Mieteneinigungsamt nicht zu stellen brauchen, es genügt vielmehr, wenn diese Vermieter den Mietern gegenüber innerhalb der im § 1 festgelegten Frist die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie von dem nächsten zulässigen Kündigungsstermin ab die gesetzliche Miete beanpruchen. Einer Zustimmung des Mieteneinigungsamtes hierzu bedürfen sie nicht.

Erhöhte Krankenhäuser

Die bürgerliche Mehrheit hat auch in der zweiten Lesung der Ausschussberatung die Erhöhung des Satzes für Krankentransporte auf 175 Mark entgegen der Magistratsvorlage und den Vereinbarungen mit den Krankenkassen durchgesetzt. Ebenso hat sie den mit den Krankenkassen vereinbarten Verpflegungssatz in den städtischen Krankenhäusern statt auf 65 auf 75 Mark erhöht. Erfreulicherweise gelang es jedoch, einen Antrag unserer Fraktion durchzubringen, nach dem für die Selbstzahler in städtischen Krankenhäusern die Einkommensgrenze, bei der diese Selbstzahler nur die Hälfte der sonstigen Sätze zu zahlen haben, von 30 000 Mark auf 50 000 Mark erhöht worden ist.

Erich Bahwald, Pichtenberg, Talsdorfer Str. 18 II, ist nicht mehr berechtigt, für die „Freie Turnerschaft Pichtenberg-Friedrichsfelde“ und das „Arbeiter-Sportklub“ des 17. Verwaltungsbezirks (Pichtenberg und Umgegend) Abschlüsse geschäftlicher und sonstiger Natur zu tätigen. Etwaige noch in seinem Besitz befindliche Ausweise sind unglültig.

* Friedrich Krumm, D. 112, Scharnweberstr. 82 I.

Ein proletarisches Fest. Die freie Schulgemeinschaft Friedrichshain veranstaltet am Sonnabend, den 17. Juni im Volksgarten des Dänen (früher Rentes Volksgarten), Pichtenberg, Köderstraße (Nähe Bahnhof Landsberger Allee) ein großes Volks- und Kinderfest. Das Programm wird fast ausnahmslos von proletarischen Künstlern bestritten. Es wirken u. a. mit: Männer- und Frauenchor Dänen (Dirigent: Thilo), Mitglied des A. S. V., Arbeiterturnverein „Fichte“ (Männer-, Frauen- und Lehrlingsabteilung) und die bekannte „Mustertruppe Fichte“ mit ihren hochwertigen, aufsehenerregenden Leistungen. Ferner Arbeitertrabfahrer (Weigenabteilung) Solidarität. Der musikalische Teil wird von Berufsmusikern ausgeführt. Auch für die Tanzlustigen ist in ausreichendem Maße gesorgt. Die Kinderspiele werden von Arbeiter-Turnern geleitet, so daß alt und jung nach allen Seiten Rechnung getragen ist. Karten zu 5,00 M. inkl. Steuer sind bei allen Funktionären, Elternbeiräten und allen mit Plakaten belebten Stellen zu haben.

Teuel. Am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, findet auf der Dorfgemeinde an der Kirche das erste Frei-Konzert in diesem Jahre statt. Veranstalter vom „Freien Volkstheater“. Zum Vortrag gelangen überwiegend Volkslieder. Jedermann ist willkommen.

Mit ihrem Kinde in den Tod zu gehen verweigerte in der vergangenen Nacht eine Frau Anna Franke geb. Schröder in der Schwarzloppstraße 18. Die Frau wurde heute morgen mit ihrem Söhnchen in der Küche ihrer Behausung, die mit Gas angefüllt war, regungslos aufgefunden.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einige autorisierte Übersetzungen von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Wolff & Co., Berlin.

(89. Fortsetzung.)

Weshalb ich gerade Persien zu meinem Ziele erwählte, weiß ich nicht mehr — vielleicht, weil mir die Persischen Kaufleute auf der Nishnij Nowgoroder Messe ganz besonders gefallen hatten, wie sie so gleich steinernen Götzenbildern dafassten, die gesärbten Bärie in die Sonne streckten, ruhig ihre Wasserpfeife rauchten und aus den großen, dunklen, wissenden Augen in die Welt schauten.

Sicherlich wäre ich auch irgendwohin fortgelaufen, wenn mir nicht der Zufall meinen alten Lehrherrn in der Kunst des Zeichnens in den Weg geführt hätte. Es war ein sonniger Tag in der Osterwoche, die Leute aus der Werkstatt waren nach Hause gefahren oder zechten in den Schenken der Nachbarschaft herum. Ich ging auf dem Felde am Ufer der Dna spazieren, als mir der Baugeschäftler unerwartet entgegenkam — in einem leichten grauen Pelot, die Hände in den Hosentaschen, die Zigarette zwischen den Zähnen und den Hut fest im Nacken. Sein sympathisches Gesicht lächelte mir freundlich zu, und es lag etwas bestechend Heiteres, Freies in seinem Wesen. Niemand außer uns beiden war weit und breit zu sehen.

„Ah, sieh da: Freund Pleschkow! Christ ist erstanden!“

Wir gaben uns einander den Osterkuß, und er fragte mich nach meinem Ergehen. Ich gestand ihm offen, daß ich die Werkstatt, die Stadt und überhaupt alles längst satt hätte und nach Persien gehen wollte.

„Unstun!“ sagte er ernsthaft. „Was zum Henker willst du in Persien? Ich kenne das, mein Lieber — in deinen Jahren wollte ich auch zu allen Teufeln rennen...“

Es gefiel mir, wie er so frank und frei mit den Teufeln umsprang; etwas Frühlingemäßiges, Gutherziges, Burschikoses sprach aus ihm.

„Nächst du?“ fragte er mich und reichte mir auch schon sein silbernes Etui, das mit diesen Zigaretten gefüllt war.

Nun, das besiegte mich vollends.

„Hör mal, Pleschkow,“ sagte er — „komm' doch wieder zu mir! Ich habe dies Jahr auf dem Jahrmarkt für vierzigtausend Rubel Arbeit übernommen, da kann ich dich gut brauchen: Du wirst eine Art Aufseher sein, wirst das Material abnehmen, für rechtzeitige Lieferung sorgen und den Arbeitern auf die Finger sehen — einverstanden? Gehalt: fünf Rubel monatlich und einen Fünfer zum Mittagessen. Mit den Weibern hast du nichts zu tun, du gehst frühmorgens fort und kommst am Abend heim. Du gehst sie gar nichts an. Sag' ihnen nicht, daß wir uns gesehen haben, sondern finde dich einfach am nächsten Sonntag bei mir ein! Abgemacht, wie?“

Wir schieden als Freunde — er drückte mir beim Abschied die Hand und schwenkte sogar noch einmal von weitem den Hut.

Als ich in der Werkstatt erzählte, daß ich fortginge, sprachen die meisten ihr Bedauern darüber aus, und Pawel versuchte ernstlich, mich von meinem Vorsatz abzubringen.

„Bedenk' doch,“ sagte er vorwurfsvoll, „wie wirst du denn mit diesen Bauern zusammenleben, nachdem du dich an uns hier gewöhnt hast? Zimmerleute, Anstreicher, — nein, hör mal, das ist gerade so, als wenn ein Diakon auf einmal Kirchendiener werden sollte!“

„Der Fisch strebt nach der Tiefe, und ein tüchtiger Bursche dahin, wo er's schwer hat,“ brummte Schicharew.

Der Abschied von den Bildermälern gestaltete sich ziemlich trübselig und gezwungen. Schicharew, der den Kagenhammer hatte und ganz gelb aussah, philosophierte:

„Gewiß, man muß dies und das probieren — aber richtiger ist's schon, sich für eine Sache zu entscheiden und ihr treu zu bleiben...“

„Und zwar fürs ganze Leben,“ fügte Variontytsch leise hinzu.

Ich fühlte etwas Gezwungenes, Pflichtmäßiges aus ihren Worten heraus — der Faden, der mich mit ihnen verband, war bereits morisch und zerriß.

Auf dem Hängebett wälzte sich der ewig betrunkene Gogolew und krächzte:

„Nur ein Wort brauch' ich zu sagen, und ihr kommt alle ins Loch! Ich weiß nämlich etwas von euch: wer glaubt hier noch an Gott? Aha—a!“

Wie immer starrten die geschichtslosen, unfertigen Heiligenbilder von den Wänden, und die Glasfugeln, die jetzt, da die Tage länger geworden, nicht mehr benutzt wurden, schwebten verstaubt oben an der Decke. Alle Einzelheiten des großen Raumes haben sich mir so fest eingepägt, daß ich sie auch bei geschlossenen Augen noch sehe — die Säulen, auf denen die Decke ruhte, die Farbenidylle auf den Fensterbreitern, die Pinsel mit den Pinselhaltern, den Spültisch mit der Erde unter dem Kupfernen, einem Feuerwehrlhelm ähnlichen Waschbecken und das aus der Höhe herabhängende nackte Bein des Biseurs, das ganz blau angelaufen war wie das Bein eines Ertrunkenen.

Ich wollte den Abschied beschleunigen, doch in Russland liebt man es, die traurigen Minuten recht in die Länge zu ziehen — wenn die Leute dort voneinander Abschied nehmen, ist's, als ob sie für einen Verstorbenen eine Seelenmesse hielten.

„Und jenes Buch, den Dämon,“ sagte Schicharew, die Brauen hochziehend zu mir — „das kann ich dir nicht geben. Hier, willst du zwanzig Kopfen dafür haben?“

Das Buch war mein Eigentum, der Brandmeister hatte es mir geschenkt. Ich wollte es nicht weggeben und weigerie mich, leicht beleidigt, Geld dafür zu nehmen. Schicharew steckte die zwanzig Kopfen wieder in seinen Beutel und erklärte mit unerschütterlicher Ruhe:

„Wie du willst — aber das Buch bekommst du nicht. Das ist nichts für dich; es ist ein Buch, das dich im Handumdrehen zur Sünde verführen kann...“

(Fortsetzung folgt.)

*) Der russische Osterkuß.

